

# Der Versuch, Räume zu schließen

Zur Kontroverse zwischen Bernhard Schlink und Peter Altmaier (F.A.Z. Staat und Recht, 1. und 26. August): Altmaier stellt sich ungesteuerten, ungefilterten Mainstream als herrschaftsfreien Diskurs vor, getragen von gleichberechtigten Kommunikationsteilnehmern mit identischer Reichweite, als Diskurs, in dem ausschließlich der Zwang des besseren Arguments gilt. Die Habermas'schen Diskursnormen müssen deshalb Prüfsteine für die Plausibilität von Altmaiers Mainstreambild sein: vor allem die Abwesenheit jedes äußeren Zwanges und die grundsätzliche Symmetrie der Teilnehmer im Hinblick darauf, Behauptungen aufzustellen und zu widerlegen sowie Rechenschaft abzugeben und zu verlangen.

Selbstverständlich ist der herrschaftsfreie Diskurs in seiner Reinform ein Idealtypus, eine Utopie. Niemand wird ernsthaft erwarten, dass in einer gesellschaftlichen Großdebatte wie der um Migration oder Klimaschutz das Wort einer 16-jährigen Schülerin dasselbe Gewicht erlangt wie das eines Bundesministers, Theaterregisseurs oder Fernsehjournalisten. Dennoch geschieht es im Zeitalter der sozialen Medien, wie das Beispiel Greta Thunberg zeigt. Ist also die große alte Dame der Fridays-for-Future-Bewegung gerade eine Kronzeugin gegen die „Einführung“ und für die von Altmaier behauptete Individualisierung des Mainstreams? Steht Greta für den Zwang des besseren Arguments?

Man mag es bezweifeln. Wo nämlich wäre Greta, gäbe es nicht eine Öffentlichkeit, die durch die Presse und die Akteure der vielbeschworenen Zivilgesellschaft längst auf die überragende Bedeutung des Klimaschutzes eingeschworen war? Wäre die Schwedin zum Internetstar geworden, hätten ihr und ihrem Thema nicht die etablierten Medien zuerst einen Resonanzboden geschaffen? Eine Umfrage des IfD Allensbach unter Politik-Journalisten von 2009 ergab, dass 42 Prozent von ihnen damals den Grünen zuneigten, gegenüber nur 11 Prozent der Gesamtbevölkerung. Umgekehrt nannten lediglich 14 Prozent eine Unionspräferenz, während es damals 36 Prozent unter allen waren. Unternimmt eine schreibende Zunft mit so klar – und womöglich 2019 noch klarer – verteilten politischen Sympathien nichts, um den Mainstream in ihrem Sinne zu beeinflussen?

Rühren vielleicht auch daher die wahrnehmbaren Asymmetrien im deutschen Debattenklima? Schlink hat diese Asymmetrien beschrieben und sie historisch hergeleitet. Er hat die Fälle Tellkamp, Sarrazin und Wendt angeführt, die – anders als von Altmaier suggeriert – gerade nicht exemplarisch für die Freiheit stehen, selbst anstößige Meinungen zu äußern, sondern für den Versuch, Räume zu schließen, in denen dies möglich ist: im günstigsten Fall kraft Pathologisierung und Therapieangebot („mit Rechten reden“), im ungünstigeren durch selbst noch postume Herabsetzung per *damnatio memoriae* wie bei Rolf Peter Sieferle. Die Schließung der Räume zeigt Wirkung: Der Logik der Schweigespirale folgend, halten viele lieber den Mund, als sich vor einer potentiell feindlichen Öffentlichkeit zu exponieren. Auch dieses Verhalten dokumentieren Umfragen, auch davon schreibt Schlink.

Mindestens ebenso schwer wiegt, dass es in Deutschland längst Teilöffentlichkeiten gibt, in denen ausgerechnet im Na-

men von Toleranz und Diversität geächtet wird, wer Standpunkte vertritt, an denen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab winzige Randgruppen Anstoß nehmen. Solche Teilöffentlichkeiten sind viele Hochschulen, für die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit doch eigentlich das höchste Gut sein sollten, deren Leitungen aber allzu oft untätig bleiben, wenn sie in Gefahr sind. Als Büttel des vermeintlichen Mainstreams dienen sich immer wieder kleine, aber höchst effektiv organisierte Minderheiten radikaler Studenten an. Woher der Meinungsfreiheit an den Universitäten Gefahr droht und wie man sie schützen kann, zeigen exemplarisch die Causa Baberowski an der Berliner Humboldt-Universität und die Causa Schröter an der Frankfurter Alma Mater. Die Diffamierungen, denen der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski in Berlin ausgesetzt ist, sind ebenso Außerkraftsetzungen des offenen Diskurses wie die gezielte Torpedierung des von ihm initiierten Zentrums für Vergleichende Diktaturforschung durch das Durchstechen vertraulicher Gutachten. In beiden Fällen blieben die Ungeheuerlichkeiten ungesühnt, weil sich ein linkschierig agierendes Präsidium nicht zu entschiedenem Vorgehen aufrufen konnte.

Altmaier bemüht den Rekurs auf die Vormoderne. Er fordert einen inklusiven Bürgerbegriff, der den Alteingesessenen ebenso wie den Neuhinzugekommenen offensteht, „so wie im alten Rom“. Richtig, das Römische Imperium handhabte sein Bürgerrecht großzügig und war auch deshalb Weltmeister im Integrieren des Fremden und Diversen. Das Kriterium für die Einbürgerung war aber nicht Bildung und auch nicht Leistung, wie Altmaier meint, sondern nachgewiesene Loyalität. Und wem das Bürgerrecht verliehen wurde, der war mitnichten Bourgeois, wie Altmaier zu glauben scheint, sondern *civis* und damit Rechtsgenosse, nicht mehr und nicht weniger.

Gleichbedeutend mit politischer Teilhabe war der Bürgerstatus in Rom zu keinem Zeitpunkt. Ganz anders als in Athen, wo der Staat nicht mehr war als die Summe seiner Bürger, denen er höchstes politisches Engagement abverlangte, die er aber auch an der Dividende des Attischen Seebunds teilhaben ließ. Im Gegensatz zum Weltreich Rom zog die Polis Athen deshalb den Kreis ihrer Bürger so eng wie möglich. Rom und Athen sind diametrale Modelle, die in der Jahrhundertkontroverse um Migration und Integration Orientierung bieten könnten.

Vor die Bürgerlichkeit sollten wir das Bürgerrecht setzen. Wir sollten uns der Bedeutung der wichtigsten politischen Institution, die uns die Antike hinterlassen hat, wieder bewusst werden, anstatt sie zu verwässern und in Frage zu stellen. Wir sollten versuchen, Konsens darüber zu erzielen, wer dazugehören soll und wer nicht und wer an den Errungenschaften des Sozialstaats teilhaben darf, den die Generationen vor uns geschaffen und der Gegenwart zur treuhänderischen Verwaltung hinterlassen haben. Wir sollten das pragmatisch und ohne Schaum vor dem Mund tun, und gerade dafür benötigen wir einen nicht herbeigeredeteten, sondern tatsächlich breiten Mainstream, der Tatsachen und Standpunkte nicht mit ministeriellen Tabus belegt, nur weil sie Wasser auf die Mühlen der Falschen sein könnten.

PROFESSOR DR. MICHAEL SOMMER, OLDENBURG